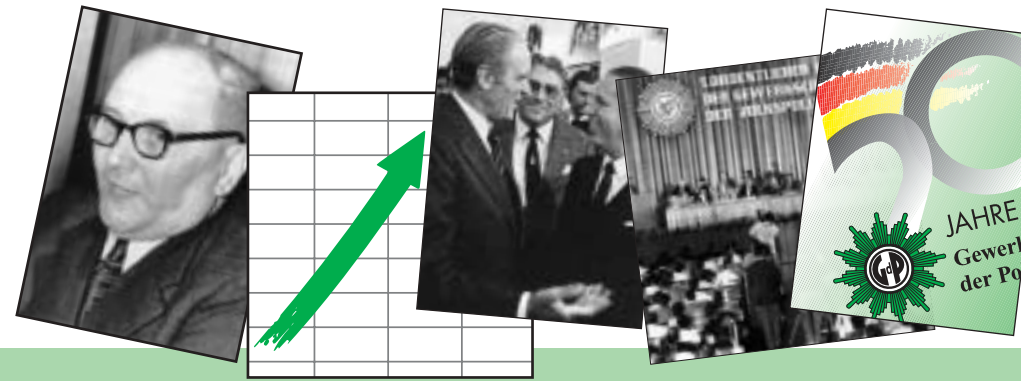
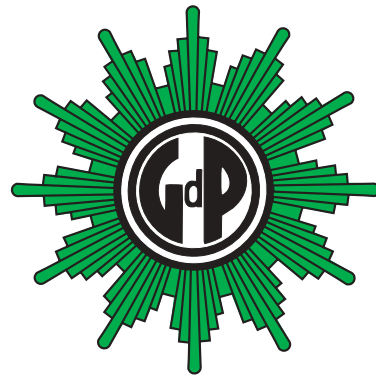


STATIONEN ERFOLGE AKTIONEN



2004

bis hierher und
noch weiter ...

Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand
Abt. IV, Bildung/Werbung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon: 0211/7104-107
Telefax: 0211/7104-145
gdp-bund-hilden@gdp-online.de
www.gdp.org

Stand: Juli 2004

Wölfel, Druck · Verlag · Werbeservice, 42781 Haan



1950

Die GdP hat deutsche Polizeigeschichte geschrieben. Mit Erfolgen und Leistungen, die häufig hartnäckig erkämpft werden mussten - und deren Verwirklichung für viele Polizeibeschäftigte anfangs fast unerreichbar schien. Doch Visionen sind Wegweiser durch die Zeit: Im Jahre 2004 ist die Gewerkschaft der Polizei seit 54 Jahren aktiv. Der Aufbruch in die Zukunft verbindet sich mit einem Blick zurück.



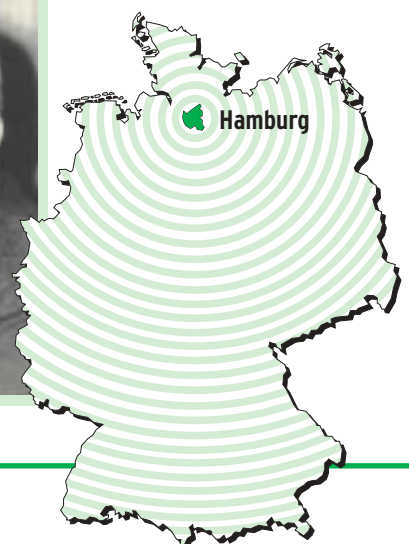
Man schreibt den 13. und 14. September 1950, als sich in Hamburg die Vertreter der „Interessengemeinschaft der Polizeibeamtenbünde der britischen Zone und Westberlins“ zusammenfinden. Ihr Ziel ist klar: Sie gründen die Gewerkschaft der Polizei. Eine Gewerkschaft, die immerhin in ihrer ersten Stunde schon gleich 45.000 Mitglieder zählt. Zunächst versammeln sich unter diesem jungen Dach die Polizeibeschäftigten der britischen Zone und Westberlins. Doch schon in der Geburtsstunde ist die weitere Richtung eindeutig: Die GdP strebt eine Ausdehnung auf das gesamte Bundesgebiet an.

Wichtigstes Ziel: Die Unterbewertung des Polizeidienstes aufheben.

Das soziale Klima war so kurz nach Kriegsende mehr als angespannt. So trat die frisch gegründete GdP an, die Tätigkeit des Polizeidienstes in der jungen Bundesrepublik Deutschland gerechter zu bewerten. Ein Fernziel, das die Gewerkschafter noch lange beschäftigen sollte. Im Grunde bleibt dieses Ziel immer aktuell: Es gilt, die Arbeit der Polizeibeschäftigten immer wieder nach den wechselnden Anforderungen der Zeit auszurichten und aufzuwerten.

„Wir lassen uns bei unserer Arbeit von dem Gedanken leiten, dass der Mensch das größte Maß an Freiheit genießen soll, das unter Berücksichtigung des vorrangierenden Rechtes der Allgemeinheit möglich ist.“

Fritz Schulte, 1. Vorsitzender der GdP, in seiner Ansprache zur GdP-Gründung.



1951

Die GdP macht sich stark für materielle Verbesserungen. Und die sind auch dringend nötig. Hauptforderung: „Neuordnung des Besoldungswesens“. Denn angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten kommen die Polizeibeamten mit ihren bescheidenen Bezügen mehr und mehr in Bedrängnis.

Erster Delegiertenkongress der GdP am 11. und 12. September 1951 in Koblenz. Er verabschiedet ein Dokument mit großer Zukunftswirkung - einen Entwurf einheitlicher Laufbahnvorschriften. Damit ist der Grundstein für die Einheitslaufbahn bei der Polizei gelegt.

1952

Die gedruckte Premiere: Die erste bundesweite Ausgabe der GdP-Monatszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI erscheint am 1. Januar 1952.

In verschiedenen Landesbezirken rückt die GdP-Forderung nach einer Verstaatlichung der Polizei ganz oben auf die Tagesordnung. Denn immer noch gibt es ein vielfältiges Nebeneinander von kommunaler Polizei und Landespolizei (zudem noch unterteilt in Polizei und Gendarmerie). Diese bunte Polizeilandschaft entstand auf Anordnung der Alliierten. Die GdP hingegen fordert eine einheitliche Landespolizei. Dafür gehen allein im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen bei einer viel beachteten Großdemonstration in Essen 6.000 Polizeibeschäftigte auf die Straße. Mit Erfolg: Zum 1. Oktober 1953 wird die Polizei in diesem Bundesland verstaatlicht.

1953

Die GdP macht mobil und bringt bei großen Protestaktionen in Hamburg, Wiesbaden, Mainz, Frankfurt, Koblenz, Trier und Wuppertal insgesamt 20.000 Teilnehmer auf die Beine. Anlass der Großdemonstrationen: Die Ablehnung einer Weihnachtsgratifikation durch die Arbeitgeber.

„Wir leben in einer Zeit, die von jedem Einzelnen Zähigkeit und Behauptungswillen verlangt. In einer Zeit, in der der Kampf um die gesellschaftliche Rangordnung und die Verteilung des Sozialproduktes mit besonderer Heftigkeit ausgetragen wird.“

Fritz Schulte, 1. Vorsitzender der GdP.



DELEGIERTENKONGRESS
IN KOBLENZ



1954

Einsatz für professionellere Einsatzmöglichkeiten der Polizei: Die GdP macht sich stark für eine Reform der „Bestimmungen zur Anwendung des unmittelbaren Zwanges“. Und im Herbst 1954 geht die GdP mit der „Denkschrift zu einer Besoldungsreform“ an die Öffentlichkeit. Wichtigstes Anliegen: Die Höhergruppierung des Polizeidienstes.

1955

Schweigemarsch vor Gericht durchgesetzt: 25.000 Demonstranten in Köln.

Die GdP gewinnt ihren ersten schweren Kampf: Nachdem die Innenministerkonferenz der GdP-Forderung nach einer aufgabengerechten Einstufung der Polizei eine Abfuhr erteilte, gehen die Kollegen in Scharen auf die Straße: Höhepunkt der Protestwelle mit Aktionen in mehreren Städten ist ein machtvoller Schweigemarsch durch Köln, den der damalige NRW-Innenminister Dr. Meyers zuvor verboten hatte. Dagegen klagte die GdP vor dem Verwaltungsgericht. Mit Erfolg: Der Prozess wurde gewonnen. Insgesamt konnte die Gewerkschaft der Polizei bei den Protesten 25.000 Mitglieder mobilisieren - immerhin mehr als 40 % der gesamten Mitgliedschaft.

1956

Die Höherstufung: ein Hauptziel der GdP

Die Protestwelle für eine Höherstufung des Polizeidienstes rollt weiter.

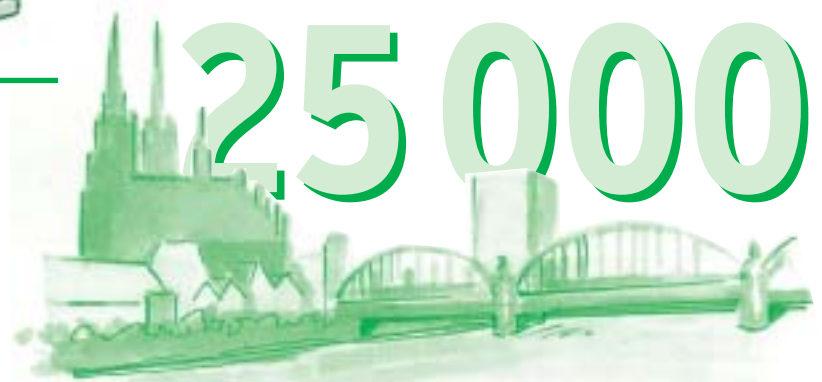
Fritz Kehler wird auf dem 5. Delegiertenkongress in Berlin zum neuen GdP-Vorsitzenden gewählt.



GdP wird UISP-Mitglied.

1955 Eintritt in die Union der europäischen Polizeigewerkschaften: Die GdP wird Mitglied in der UISP.

Mitte Dezember 1955 verstirbt der GdP-Bundesvorsitzende Fritz Schulte. Der 2. Vorsitzende Fritz Preuß führt die Amtsgeschäfte weiter.



1957

Erfolg der GdP: Die Höherstufung kommt! Die allgemeine Besoldungsreform erfüllt die langjährige Forderung der GdP. Der Bundestag gibt dafür grünes Licht. Bis kurz vor der Abstimmung wird die GdP immer wieder bei den Spitzen der Bundestagsfraktionen vorstellig, damit auch die Kriminalbeamten in die Höhergruppierung einbezogen werden. Mit Erfolg. Und noch mehr Erfolge kann die GdP verbuchen: Das Pensionsalter für Polizeivollzugsbeamte wird auf das 60. Lebensjahr festgelegt - und zugleich wird die Zahlung einer Ruhestandsabfindung in 7,5facher Höhe des Monatsgehalts gesetzlich festgeschrieben.

Weitere Ereignisse des Jahres 1957: Der 6. Delegierten-Kongress in Bad Godesberg fordert soziale Verbesserungen und nicht zuletzt tiefgreifende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Polizei. Und im Saarland wird ein GdP-Landesbezirk gegründet.



1958

Werner Kuhlmann wird GdP-Bundesvorsitzender.

Generationswechsel in der GdP: Der 37-jährige Werner Kuhlmann wird auf dem 7. Delegierten-Kongress in Stuttgart zum GdP-Vorsitzenden gewählt. Der 69-jährige Fritz Kehler übernimmt den Ehrenvorsitz. Und erstmals ist ein Bundesinnenminister Gastredner eines Delegierten-Kongresses: Als Dr. Gerhard Schröder dabei Pläne für eine Notstandsgesetzgebung bekannt gibt, warnt die GdP eindringlich vor der Gefahr einer Verquickung von polizeilichen und militärischen Zuständigkeiten.

„Für eine moderne Polizei, die wir mitgestalten wollen, darf es den Grundsatz von Befehl und Gehorsam nicht mehr geben. Wir brauchen in der Polizei aufgeschlossene Menschen, die zu selbständigem und kritischem Denken befähigt sind; die ihre Pflichten und ihre Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft genau kennen, die andererseits aber auch dahin mitwirken, unsere Demokratie mit pulsierendem Leben zu füllen.“

Werner Kuhlmann,
GdP-Bundesvorsitzender, in einer Rede.



1959

Ein Durchbruch: Die Anerkennung als Spitzenorganisation.

Offizielle Anerkennung der GdP als Spitzenorganisation im Sinne des § 94 Bundesbeamtenengesetz. Dies erweitert den Einfluss der Gewerkschaft erheblich. Denn fortan sitzt die GdP bei offiziellen Beteiligungsgesprächen immer mit am Tisch, wenn es um die Entwürfe von beamtenrechtlichen Gesetzen und Verordnungen sowie um allgemeine Reformvorhaben für die Polizei geht.

Eine Sonderkonferenz der GdP beschäftigt sich intensiv mit dem Vorhaben einer Notstandsgesetzgebung.



1960

Premiere für die Polizei: Erster Abschluss von Anstaltsarbeitsverträgen. Damit bestätigen die öffentlichen Arbeitgeber erstmals ausdrücklich die Tariffähigkeit der GdP und damit die Stellung als Berufsorganisation. Zehn Jahre nach der Gründung sind bereits 84.500 Polizeibeschäftigte Mitglied in der GdP.

1961

Die GdP engagiert sich vehement gegen alle Versuche, die eine schleichende Militarisierung der Polizei betreiben. Mit einer Verfassungsbeschwerde begegnet sie der geplanten Einführung von Explosivmitteln als Polizeiwaffen. Ebenso kann sie mit Erfolg die Aufstellung einer Polizeireserve und die Einführung einer Polizeidienstpflicht als Alternative zur Wehrpflicht verhindern. Zugleich fordert die GdP eine Verdoppelung der Bereitschaftspolizei.

1962

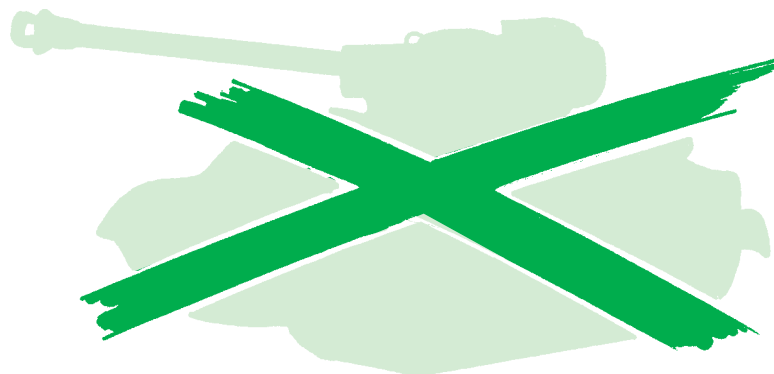
GdP-Erfolg: Nachdrücklicher Einsatz macht eine erneute Militarisierung der Polizei unmöglich. So wehrt die GdP alle Pläne ab, der Polizei im Kriegsfall den Objektschutz zu übertragen (und damit die Rolle eines Territorialheeres).

Weitere Leistung: Die schon 1957 erreichte Höhergruppierung des mittleren Polizeidienstes wird auf die Versorgungsempfänger übertragen. Zum 9. Ordentlichen Delegierten-Kongress nimmt erstmals die Bezirksgruppe BKA teil - und erhält dabei in München den Status eines GdP-Landesbezirks.



„Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Inneren ist aber eine Aufgabe der Polizei und muss es bleiben. Das gilt auch für Notstandssituationen, die Ihren Ursprung im Inneren der Bundesrepublik haben.“

Werner Kuhlmann,
GdP-Bundesvorsitzender,
zum Thema Notstandsgesetzgebung.



1963

Noch immer gibt es Versuche der Politik, der Polizei einen Kombattantenstatus aufzuzwingen. Der Einsatz der GdP gegen diese Militarisierungsbemühungen geht unvermindert weiter. Zugleich stärkt die GdP ihre Position durch eine Arbeitsgemeinschaft mit der DAG: Die Interessen der Tarifbeschäftigten können nun noch wirksamer wahrgenommen werden.

1964

Erfolg sechsstellig: 100.000 GdP-Mitglieder.

Eine markante Marke wird im 15. Jahr des Bestehens genommen: 1964 zählt die GdP erstmals über 100.000 Mitglieder. Damit steigt ihr Gewicht weiter. Und zugleich kann die Gewerkschaft der Polizei einen bedeutsamen Erfolg verbuchen: Endlich lassen Bund und Länder die Pläne für einen Kombattantenstatus der Polizei fallen. Endgültig. Der zivile Charakter bleibt gewahrt.

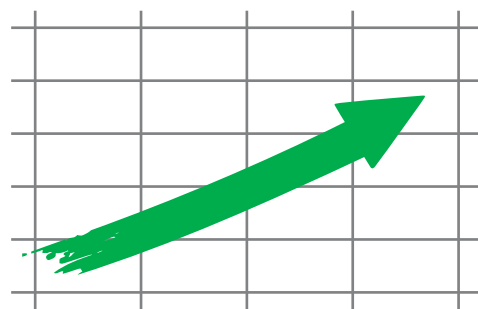
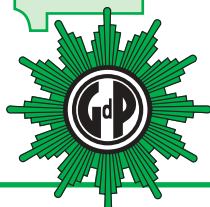
Doppelter persönlicher Erfolg für Werner Kuhlmann: Er wird auf dem 10. Ordentlichen Delegierten-Kongress in Wiesbaden in seinem Amt bestätigt - und im selben Jahr zum Präsidenten der UISP gewählt. 1964 stellt die GdP ihren „Vermögensbildungsplan“ vor, der im Gegensatz zu anderen Vorhaben auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes in die künftige Gesetzgebung zur Vermögensbildung einbezieht.

1965

Die GdP setzt einen tarifvertraglichen Sozialzuschlag für Arbeiterinnen und Arbeiter durch - als Ausgleich für die Steigerungsbeträge im Ortszuschlag, die bis dahin nur für Beamte und Angestellte galten.



100000



1966

Gründung: JUNGE GRUPPE (GdP).

Die JUNGE GRUPPE in der GdP wird gegründet. Damit entspricht die Gewerkschaft der Entwicklung, dass immer mehr jüngere Mitglieder beitreten. Für sie soll die JUNGE GRUPPE (GdP) ein besonderes Forum zur aktiven Teilnahme am Gewerkschaftsleben bieten. Erster Vorsitzender der JUNGE GRUPPE (GdP) wird Horst Geier.

Erstmals schließt die GdP als selbstständiger Tarifpartner einen Tarifvertrag unmittelbar mit den öffentlichen Arbeitgebern ab. 11. Ordentlicher Delegierten-Kongress in Bremen.

„Wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland der Polizei heute ein überraschend hohes Maß an Vertrauen entgegenbringt, so hat die Gewerkschaft der Polizei an dieser erfreulichen Entwicklung wesentlichen Anteil.“

Werner Kuhlmann,
GdP-Bundesvorsitzender,
in einem Kommentar.

1967

Der hartnäckige Einsatz der GdP führt zum erfolgreichen Finale einer langen Auseinandersetzung: Laut der vom Bundestag verabschiedeten Notstandsverfassung bleibt die Polizei für innere Sicherheit zuständig - und muss im Notstandsfall keine militärischen Aufgaben übernehmen.

Die GdP-Denkschrift „Kapitulation vor dem Verbrechen“ erregt großes Aufsehen. Aufgrund des Dokuments gibt es Verbesserungen bei der Kriminalpolizei in puncto Personal, Bewertung und Ausrüstung.

Anfang 1967 bezieht die Bundesgeschäftsstelle der GdP gemeinsam mit den GdP-Wirtschaftsunternehmen OSG und VDP das neu errichtete Gewerkschaftshaus an der Forststraße in Hilden.

1968

Eine Reform, die auf ein langjähriges Engagement der GdP zurückgeht: Die Besoldungsgruppe A 9 wird in einigen Bundesländern für den mittleren Polizeidienst geöffnet.

Beim 12. Ordentlichen Delegierten-Kongress in Berlin steht der GdP-Plan zur Vermögensbildung für Beamtinnen, Beamte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter im Mittelpunkt.

1. Bundesjugendkonferenz der JUNGE GRUPPE (GdP) - ebenfalls in Berlin.



JUNGE GRUPPE



OSG VDP

1969

Bundesrahmenrechtliche Stellenplanbildung zu Fall gebracht.

Die GdP mobilisiert ihre Mitglieder: Bei elf Kundgebungen protestieren 30.000 Polizeibeschäftigte gegen das Vorhaben einer bundesrahmenrechtlichen Stellenplanbildung. Mit Erfolg: Der Bundestag gibt seine Pläne auf. 1969 unterstreicht die GdP auch ihre Grundsatzposition, dass es nicht Aufgabe der Polizei sein kann und darf, gesellschaftliche Veränderungen zu bremsen oder gar zu blockieren. Dies geschieht u. a. mit der viel beachteten Denkschrift „Moderne Gesellschaft - moderne Polizei“.

1970

Ein ereignisreiches Jahr:

Der 13. Ordentliche Delegierten-Kongress in Bonn beschließt die Forderung nach einem einheitlichen öffentlichen Dienstrecht.

Die GdP leitet Kampfmaßnahmen gegen den erneuten Versuch des Bundesrates ein, Stellenplanhöchstgrenzen für die Polizei einzuführen. Unter dem Eindruck der Proteste lehnt der Bundestag diese Pläne abermals ab.

Die „Aktion Denkpause“ unterstreicht die GdP-Forderungen nach einer funktionsgerechten Bewertung der Polizei. Zugleich legt die GdP Vorschläge für ein zukunftsweisendes Laufbahn- und Besoldungskonzept vor.

Für Polizeibeamte erreicht die GdP die Zahlung einer Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten - für Arbeiterinnen und Arbeiter wird endlich der Monatslohn durchgesetzt.

Die 2. Bundesjugendkonferenz findet in Kiel statt.

1971

Erfolgreiche Protestwelle für soziale Verbesserungen.

Massive Massenproteste der GdP gegen Fehlentwicklungen: Mehr als 30.000 Mitglieder demonstrieren gegen die Tatsache, dass nach der Übertragung der Besoldungszuständigkeit von den Ländern auf den Bund die Erwartungen der GdP nach sozialen Verbesserungen für die Polizeibeschäftigten nicht erfüllt wurden. Aufgrund der Protestwelle beschließt der Bundesrat dann nachträglich doch eine Reihe von Verbesserungen: So wird die von der GdP hartnäckig geforderte Polizeizulage von 120,00 DM monatlich endlich eingeführt.



Polizei-Tagung auf dem Rhein (!)

„Fall Ohnesorg wird Verhältnis zum Bürger lange überschatten“

Kuhlmann an die Polizeichefs:

„Tatortnähe ist besser als Generalstabsarbeit“

Notruf der Polizei: Sicherheit in Gefahr

GdP-Denkschrift soll Verantwortliche aufrütteln

Uniformierter Unmut ließ Ruhrlandhalle erzittern

Polizeigewerkschaft stellte in Bochum Forderungen nach gerechterer Besoldung
Über 6000 Teilnehmer bei der GdP-Kundgebung / Rot-Punkt-Bitter für Polizisten

Die Polizei will nicht länger „Stiefkind der Gesellschaft“ sein
Stürmische Protestversammlung von 1000 Beamten in Lübeck
„Länder-Finanzminister verschaukeln die Polizei!“

1972

Die Innenministerkonferenz beschließt ein Sicherheitsprogramm, das wesentliche Forderungen und Initiativen der GdP umsetzt. Das GdP-Engagement für eine Erweiterung der Stellenpläne zugunsten des gehobenen und höheren Dienstes zahlt sich aus: Die Forderungen werden weitgehend erfüllt.

Ein weiterer GdP-Erfolg:

Ab Mai 1972 wird eine finanzielle Entschädigung für die angeordnete Mehrarbeit gezahlt - an Polizeibeamte. Zudem entwickelt die GdP einen Katalog für eine grundlegende Neuordnung der Lohngruppenverzeichnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter - und erhebt die Forderung nach Verwirklichung.

Der erste Schritt Richtung Fachhochschulstudium.

Ein Impuls für die Zukunft: Mit der Broschüre „Gebremste Polizei“ setzt sich die GdP dafür ein, die Ausbildung und Weiterbildung der Polizei fachwissenschaftlich zu gestalten und zu vertiefen. Damit ist der erste Schritt hin zum Fachhochschulstudium für den Einstieg in den Polizeidienst vollzogen.

Fritz Kehler, der Ehrenvorsitzende der GdP, stirbt 83-jährig.



1973

Das 13. Monatsgehalt kommt.

GdP-Erfolge: Beamtinnen, Beamte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter erhalten das 13. Monatsgehalt. Zudem setzt die GdP durch, dass die Polizei - zusätzlich zur Polizeizulage von monatlich 120,00 DM - auch in die allgemeine Zulagenregelung einbezogen wird. Mehr Mitbestimmung in der Polizei eröffnet das Bundespersonalvertretungsgesetz - ebenfalls ein langjähriges Anliegen der GdP. Weiterer Erfolg: Die Zuständigkeiten des BKA werden erweitert.

Der 14. Ordentliche Delegierten-Kongress in Hamburg fordert ein vereinheitlichtes Dienstrecht - schrittweise über den Weg einer permanenten Anpassung des Beamten- und Tarifrechts.

Innergewerkschaftliche Diskussion über den Kurs, wie der BGS auf den Weg zu einer „echten“ Polizei gebracht werden soll.

Die 3. Bundesjugendkonferenz der JUNGE GRUPPE (GdP) findet in Stuttgart statt.

1974

Erster Streik im öffentlichen Dienst.

Ein denkwürdiges Jahr: Erster Streik im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Urabstimmung votieren 90,9 % der Angestellten und Arbeiter in der GdP für den Arbeitskampf. Der Streik zeigt Wirkung: Die Arbeitgeber erhöhen die Löhne und Gehälter für Beamte, Angestellte und Arbeiter um 11 %.

Die 40-Stunden-Woche wird Wirklichkeit.

Weitere GdP-Erfolge: Endlich wird die 40-Stunden-Woche in der Polizei eingeführt. Die Pensionsfreibeträge werden im Rahmen der Steuerreform wie gefordert angehoben und die bundeseinheitliche Dienstkleidung kommt.

1974 erscheint erstmals CONTACT, das Organ der JUNGE GRUPPE (GdP).



1975

Ein Langziel der GdP rückt näher - die Verpolizeichung des Bundesgrenzschutzes und damit die Befreiung von militärischen Aufgaben. Das neue, unter Mitwirkung der GdP entstandene Personalstrukturgesetz für den BGS setzt Akzente.

Für den gehobenen und höheren Dienst setzt die GdP eine weitere Planstellenerhöhung durch, für Angestellte gelten bessere Eingruppierungsgrundsätze, zudem werden die Tätigkeitsmerkmale neu strukturiert. JUNGE GRUPPE und GdP fordern: Das Jugendarbeitsschutzgesetz muss auch für junge Polizeibeschäftigte gelten.

Nach 17 Jahren als Bundesvorsitzender stellt Werner Kuhlmann sein Amt zur Verfügung: Zuvor war er zum Oberbürgermeister von Gelsenkirchen gewählt worden. Neuer GdP-Vorsitzender wird Helmut Schirrmacher.

1976

Weichen für die 80er Jahre gestellt.

Der 15. Ordentliche Delegierten-Kongress in Mainz macht die GdP fit für die 80er Jahre. Sie erhebt zentrale Forderungen zu vielen Themenfeldern. Beispielsweise: Reform des öffentlichen Dienstrechts, Laufbahn, Ausbildung, Wechselschichtdienst, Bewertung, Vermögensbildung und Neuordnung der Manteltarifverträge.

In Nürnberg findet die 4. Bundesjugendkonferenz der JUNGE GRUPPE (GdP) statt.

1977

Freude über das Urlaubsgeld.

Ein Jahr wichtiger GdP-Erfolge: Das lange geforderte Urlaubsgeld für alle Polizeibeschäftigten wird finanzielle Wirklichkeit.

Die GdP nimmt im politischen Raum wesentlichen Einfluss auf die beginnende Diskussion um ein einheitliches Polizeigesetz.

Neben der Festlegung von polizeilichen Waffen (Abschaffung von Maschinenwaffen und Handgranaten), geht es um die Normierung des tödlich wirkenden Schusses. Der Polizei soll eine gesetzliche Handlungsgrundlage zugesichert werden.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz gilt seit 1977 auch für junge Polizeibeschäftigte.

Im BGS werden erste GdP-Kreisgruppen gegründet.

In Abwesenheit von Kuhlmann handelte „Kronprinz“ Schlicht

Polizeigewerkschaft gibt Widerstand gegen Bundesgrenzschutz auf

Grenzschutz-Kreisgruppe in Gewerkschaft der Polizei

Erste Gründung auf Bundesebene fand in Braunschweig statt



1978

GdP wird Mitglied im DGB.

Jahrzehntelang, schon seit ihrer Gründung im Jahre 1950, hatte sich die GdP bemüht - und 1978 kommt endlich der Erfolg: Die Gewerkschaft der Polizei wird Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund. Dafür votieren auf einem Außerordentlichen Delegierten-Kongress in Berlin 207 von 229 Stimmberechtigten. Zuvor hatte der DGB-Bundesausschuss die Aufnahme beschlossen.

Ein weiterer Erfolg hartnäckigen GdP-Engagements: Der Bundesrat stimmt der geforderten Einführung eines neuen Spitzenamtes im mittleren Dienst nach A 9 mit Zulage zu. Mit Wirkung ab 14. Januar 1979.

1978 kann die GdP auch Versuche abwehren, die Einheitslaufbahn zu zerlegen.

1979

Das Jahr, in dem die GdP den größten Mitgliederzuwachs ihrer Geschichte verzeichnen kann - sicherlich auch ein Effekt der neuen DGB-Mitgliedschaft.

In der Tarifrunde 1979 setzt die GdP eine Verdoppelung des Urlaubsgeldes auf 300,00 DM durch. In den Ländern wird der Aufbau von Polizei-Fachhochschulen intensiviert, die Fachhochschule Bund nimmt ihre Arbeit auf. Prominenter Gast des 16. Ordentlichen Delegierten-Kongresses in Hannover: Mit Prof. Dr. Karl Carstens als Gastredner würdigt erstmals ein Bundespräsident die Arbeit der GdP.

Die 5. Bundesjugendkonferenz findet statt.

1980

GdP macht mobil für Verbesserungen im Wechselschichtdienst.

Ein Aktionsjahr für Verbesserungen im Wechselschichtdienst: Flugblatt-Kampagnen und Protestkundgebungen in den Landesbezirken. Höhepunkt ist eine Großdemonstration mit 7.000 Polizeibe-schäftigten in Köln. Mit den „Leitlinien für die 80er Jahre“ bringt die GdP ihre Forderungen für die Polizei in die Politik und in die Öffentlichkeit. Blick nach vorn: Schon 1980 fordert die GdP klare gesetzliche Regelungen zum Datenschutz und für die Anwendung von Daten.

„Ich habe die GdP nicht ausschließlich als Einkommensverbesserungsverein oder als Klub zur Pflege der Kameradschaft verstanden, sondern stets als eine an der Zukunft orientierte, aktive, dynamisch für die Mitgliedsinteressen in sachlicher Ausgewogenheit streitende und kämpfende Organisation.“

GdP-Vorsitzender Helmut Schirmmacher in einem Rückblick auf seine Tätigkeit.



1981

GdP-Erfolg: Zusatzurlaub für Schichtdienstler.

Was lange währt ... Endlich wird die GdP-Forderung nach einem Zusatzurlaub von bis zu vier Tagen für Schichtdienstleistende durchgesetzt. Angesichts von Demonstrationen, die von gewalttätigen Ausschreitungen begleitet werden, verstärkt die GdP ihre Grundsatzposition im öffentlichen Raum: Gesellschaftliche Probleme dürfen nicht mit den Mitteln der Polizei gelöst werden.

Beim 530. Berlin-Seminar der GdP wird der 20.000. Teilnehmer gezählt.

An der GdP-Spitze gibt es einen Wechsel: Helmut Schirmmacher wird Polizeipräsident in Bielefeld - Günter Schröder wird sein Nachfolger im Amt des GdP-Bundesvorsitzenden.



1982

Massenproteste gegen Sonderopfer und sozialen Abbau.

50.000 Demonstranten der DGB-Gewerkschaften, unter ihnen 6.000 GdP-Mitglieder, protestieren auf einer Großkundgebung in Bonn gegen Sonderopfer und Einschnitte in den sozialen Besitzstand. Bundesweit macht die GdP mit vielen Aktionen mobil gegen den Rotstift in der Polizei und gegen weitere Beförderungstopps.

Der 17. Ordentliche Delegierten-Kongress in Nürnberg verlangt Änderungen des Demonstrations- und Versammlungsrechts - insbesondere ein präventives Vermummungs- und Passivbewaffnungsverbot. Weitere GdP-Forderungen: Erleichterungen für den Wechselschichtdienst und kürzere Arbeitszeiten, Intensivierung des Kampfes gegen organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität.

In Berlin findet die 6. Bundesjugendkonferenz der JUNGE GRUPPE (GdP) statt.

1983

Stellenplankürzungen verhindert.

Kampf gegen den Rotstift: Der GdP gelingt es weitgehend, Stellenplankürzungen der Arbeitgeber bei der Polizei zu verhindern. Zudem protestiert die GdP gegen ein Lohndiktat, mit dem die Arbeitgeber den Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern in der Polizei eine Nullrunde aufbürden und die Beamtensoldung durch Bundesgesetz vorab regeln wollen. Bei einem Hearing vor dem Bundestagsinnenausschuss warnt der GdP-Bundesvorsitzende Günter Schröder eindringlich, dass eine Vorabregelung der Beamtensoldung einen Tarifkonflikt vorprogrammieren. Dem Lohndiktat beugt sich die GdP nicht: Gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kann sie eine dreistufige Anhebung der Einkommen für die Tarifbeschäftigten durchsetzen um insgesamt 3 % bis zum 31. August 1984. Mit zahlreichen Protestaktionen drängen GdP und DGB darauf, diese Verbesserungen auch auf den Beamtenbereich zu übertragen.



1984

Verfassungsklagen gegen Einschränkungen der Beamtenversorgung auf dem Rücken der Empfänger - die GdP stärkt den Klägern aktiv den Rücken.

GdP-Sonderveranstaltungen zu den Themen: Stellung des BGS als Polizei, internationaler Terrorismus und Eindämmung der Verkehrsunfallentwicklung. Die Nullrunde wird erfolgreich abgewehrt. Nach zweijährigem Kampf werden nicht nur die Löhne und Gehälter erhöht, sondern das Tarifergebnis wird auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen.

Demonstration für Arbeitszeitverkürzungen.

Großdemonstration in Bremen: 6.000 GdP-Mitglieder gehen für Arbeitszeitverkürzungen und für den Abbau der Belastungen im Polizeidienst auf die Straße.



1985

Mit Nachdruck für eine bessere Bewertung.

Bundesweite Protestaktionen und Großdemonstrationen während des gesamten Jahres: Die GdP mobilisiert ihre Mitglieder für eine gerechte Bewertung des Polizeidienstes und die Beseitigung von sozialen und wirtschaftlichen Einschränkungen. Zudem übt die Gewerkschaft der Polizei nachhaltig Kritik an der überalterten Personalbedarfsplanung. GdP-Forderung: Eine Verstärkung der Polizei ist dringend geboten, um die gewachsenen Anforderungen zu erfüllen.

Umweltforum der GdP erhebt Forderungen nach einer verbesserten Bekämpfung von Umweltstraftaten.

1986

Auf dem Weg zur zweigeteilten Laufbahn.

Erfolge im Kampf gegen die Unterbewertung des mittleren Polizeidienstes - und für wirksame Übergangsschritte zur zweigeteilten Laufbahn: Die GdP kann auf Bundes- und auf Länderebene durchsetzen, dass die Obergrenzen für die Anteile der Beförderungämter in den Besoldungsgruppen A 8 und A 9 um jeweils 5 Prozentpunkte auf 40 % angehoben werden. Auf dem 18. Ordentlichen Bundeskongress in Mannheim stehen Fragen der Unterbewertung im Mittelpunkt. Und ein neuer Bundesvorsitzender übernimmt sein Amt: Hermann Lutz wird zum Nachfolger von Günter Schröder gewählt.

Weiterer Erfolg der GdP: Das Urlaubsgeld wird für die Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 als ergänzende Sozialkomponente von 300,00 auf 450,00 DM erhöht, für Beamtenanwärter von 200,00 auf 300,00 DM.



1987

Entschädigung für den Dienst zu ungünstigen Zeiten.

Die GdP intensiviert ihren Einsatz für eine angemessene Entschädigung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten (DUZ). Der Erfolg: Polizeivollzugsbeamte erhalten für den Dienst zu ungünstigen Zeiten einheitlich eine Stundenpauschale von 1,50 DM.

Die Seniorengruppe Bund wird gegründet - eine Initiative des 18. Ordentlichen Bundeskongresses 1986 in Mannheim.

Verbesserung der Stellenplanobergrenzen

Ein großer Erfolg der GdP: Zur Jahreswende 1986/87 schuf der Bundesrat die rechtlichen Voraussetzungen für die Verbesserung der Stellenplanobergrenzen im mittleren Dienst der Schutzpolizei. Auf dieses Ziel haben die Mitglieder, die Kreis- und Bezirksgruppen, die Landesbezirke und der Bundesvorstand der GdP jahrelang hingearbeitet. Erinnert sei an dieser Stelle nur an die bundesweite Demonstrationswelle der GdP, an der insgesamt über 25000 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen haben.

1987 ging es dann darum, mit der gleichen Hartnäckigkeit in den Bundesländern um die praktische Umsetzung zu kämpfen. Bilanz zum Jahresende 1987: Die Mehrzahl der Bundesländer hat ein Umsetzungsprogramm beschlossen, wonach die Beförderungsmöglichkeiten in drei Jahresraten realisiert werden sollen.

1988

Humanisierung der Arbeit, Verkürzung der Wochenarbeitszeit - das sind die Top-Themen der GdP im Jahre 1988. Es gibt harte Auseinandersetzungen und sogar Streiks, wobei die GdP im Verbund mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zugunsten der Beschäftigten agiert. Das Ergebnis: Eine dreistufige Verbesserung der Bezüge, verbunden mit einer schrittweisen Verkürzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit. Vereinbart sind eine Reduzierung der Arbeitszeit um eine Stunde ab April 1989 und eine zusätzliche halbe Stunde ab April 1990.

Dringender Appell der GdP an die Politik: Die durch moderate Tarifabschlüsse erzielten Einsparungen sollten für Neueinstellungen in der Polizei genutzt werden. Die GdP nimmt bei einer Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages Einfluss auf die Beratungen zum Versammlungsrecht und zur Kronzeugenregelung.

Mitgliederzuwachs beim Bundesgrenzschutz

Seit zehn Jahren organisiert die Gewerkschaft der Polizei Polizeibeschäftigte im Bundesgrenzschutz. Auch im Jahr 1987 wuchs die Mitgliederzahl stetig. Die GdP im BGS zählt zur Jahreswende annähernd 10000 Mitglieder. Das ist fast die Hälfte aller BGS-Beschäftigten.

1989

Das Jahr der Wende.

Das Jahr, das große Geschichte schreibt: Die Mauer fällt, der Eiserne Vorhang verschwindet.

Die soziale Absicherung im Alter steht im Mittelpunkt der GdP-Aktivitäten. Insbesondere zielt das Engagement darauf, im Vorfeld des Rentenreformgesetzes 1992 weitere Verschlechterungen für Beamtinnen und Beamte abzuwehren. So hat die GdP beispielsweise Erfolg in dem Bemühen, die vorgezogene gesetzliche Altersgrenze von 60 Jahren für die Polizei-beamtinnen und -beamten im Beamtenversorgungsänderungsgesetz zu bewahren.

Eine interdisziplinäre Fachtagung der GdP befasst sich mit der Drogenbekämpfung - die Gewerkschaft der Polizei fordert die Schaffung eines nationalen Drogenbeirats.



1990

Die Einheit kommt.

Das Jahr der Einheit. Im polizeigewerkschaftlichen Leben wird die deutsche Einheit gezielt in die Wege geleitet - durch eine Vereinbarung zwischen der GdP und der neu gegründeten Gewerkschaft der Volkspolizei in der DDR. Aus den künftigen neuen Bundesländern nehmen erstmals Gastdelegierte am GdP-Kongress teil.

Erfolge in Serie.

Jahrelanger Einsatz führt zum Erfolg. Ein Beweis mehr: Zahlreiche von der GdP geforderte Verbesserungen werden 1990 Wirklichkeit: Die Polizeizulage steigt erstmals seit 1972 von 120,00 DM auf 200,00 DM - und sie wird ruhegehaltfähig. Die Obergrenzenregelung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst wird ebenfalls erstmals (seit 1971) verbessert. Und die allgemeinen Zulagen im mittleren Dienst erhöhen sich von 67,00 auf 150,00 DM, der höhere Dienst bekommt erstmals eine allgemeine Zulage von 60,00 DM im Monat.

Auch die Entschädigungssätze für den Dienst zu ungünstigen Zeiten werden durch den Einsatz der GdP aufgestockt: auf 2,50 DM zur Nachtzeit und auf 4,00 DM für Arbeit an Sonn- und Feiertagen.

Theodor-Heuss-Preis.

Der Theodor-Heuss-Preis würdigt die politische Auseinandersetzung der GdP mit dem Rechtsextremismus, insbesondere mit der Partei „Die Republikaner“. GdP-Bundesvorsitzender Hermann Lutz nimmt die Auszeichnung entgegen.

1990 weiter wichtig:

100 Delegierte treffen sich zur 1. Seniorenkonferenz der GdP in Siegen.

Frauenförderplan verabschiedet.

28.-31. Oktober 1990: 19. Ordentlicher Bundeskongress der GdP in Frankfurt. Er verabschiedet den Frauenförderplan der GdP.

In Saarbrücken findet die 8. Bundesjugendkonferenz statt.



*Gut, daß es
Sie gibt!*



1991

GdP-Aufbau Ost.

Der organisatorische Aufbau von neuen GdP-Landesbezirken in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist in vollem Gange.

Die zweigeteilte Laufbahn, ein Zentralanliegen der GdP, nimmt Gestalt an: 1991 sind bei der Einführung in mehreren Bundesländern deutliche Erfolge zu verbuchen - etwa in Hessen und Rheinland-Pfalz. Die GdP gründet zur Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn im August 1991 eine spezielle ad-hoc-Kommission, die konzeptionelle Lösungen zu verschiedenen Themenkomplexen erarbeiten soll.

Besoldungsrunde.

Eine äußerst zähe und schwierige Besoldungsrunde 1991 bringt erst im Frühjahr 1992 Ergebnisse, weil der Vermittlungsausschuss des Bundestages angerufen werden musste. Die GdP nutzte das gesamte Jahr 1991, um ihre Positionen gegenüber der Politik zu verdeutlichen. Rückwirkend gültig wurden u. a. folgende Resultate:

- Anhebung der Bezüge linear um 6 % rückwirkend zum 1. März 1991
- Strukturelle Verbesserung der Grundgehaltssätze in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8
- Einführung der neuen Schicht- und Wechseldienstzulage ab 1. April 1991 in Höhe von bis zu 200,00 DM
- Anhebung der allgemeinen Stellenobergrenzen für den gehobenen Dienst
- Anstieg der Mehrarbeitvergütungssätze um linear 6 %

1992

Geschäftsstellen in den neuen Ländern.

Oktober 1992: Außerordentlicher Bundeskongress der GdP in Braunschweig (Satzungskongress). Wichtige Ergebnisse: Ein Gewerkschaftsbeirat wird geschaffen, der zwischen den Bundeskongressen das höchste Organ der GdP ist. Die Zahl der Mitglieder des Bundesvorstands verringert sich auf 32.

Sitz der GdP ist die Hauptstadt Berlin. An der Uhlandstraße wird das GdP-Büro Berlin eröffnet - als Teil der Bundesgeschäftsstelle in Hilden und als Präsenzbüro in der Hauptstadt.

Die GdP-Landesbezirke in den neuen Ländern haben eigene Geschäftsstellen aufgebaut.

Das hartnäckige Verhalten der Arbeitgeber brachte die Tarifverhandlungen zum Scheitern. Nach einer erfolgreich durchgeführten Urabstimmung wurde seit 1974 zum ersten Mal wieder im öffentlichen Dienst gestreikt. Die rege Beteiligung hatte sich für die Arbeitnehmer gelohnt: 5,4 % mehr Lohn oder Gehalt, Erhöhung des Urlaubsgeldes, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen sowie eine Einkommensangleichung für den Osten von 60 % auf 70 % und ab 1. 12. 1992 auf 74 % des Westniveaus.

Im März 1992 billigt der Bundesvorstand das GdP-„Thesenpapier zur zweigeteilten Laufbahn“.



1993

Die GdP wendet sich mit Nachdruck gegen alle Überlegungen, Zeitsoldaten mit einer deutlich verkürzten Ausbildung in den Polizeidienst zu übernehmen - die Professionalität der Polizei müsse gewahrt bleiben.

Die Tarifrunde 1993 erbringt insbesondere Einkommensverbesserungen um linear 3 % ab Januar 1993. Für Empörung sorgte der Versuch, die Übernahme der Tarifergebnisse auf die Beamtenbesoldung zeitlich abzukoppeln und faktisch um vier Monate hinauszuzögern. Die GdP meldete Protest an - und demonstrierte gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf einer Großkundgebung vor dem Bundesinnenministerium in Bonn gegen die Verschiebungstaktik.

„Demokratie braucht unseren Einsatz.“

1993 und 1994: Breit angelegte GdP-Foren unter dem Motto „Demokratie braucht unseren Einsatz“ in vielen Großstädten der neuen Länder. Ein aktiver Dialog zwischen Bürgern, Polizei und Politik rund um den Themenkreis „Innere Sicherheit“.



1994

Die GdP betont ihre Position zum Gewaltmonopol des Staates und verdeutlicht ihre Haltung zum Boom privater Sicherheitsdienste, die keinerlei öffentlicher Kontrolle unterliegen. Im Februar wird ein GdP-Thesenpapier zur inneren Sicherheit verabschiedet.

Bezirk BGS gegründet.

8.-10. November: 20. Ordentlicher Bundeskongress der GdP in Dresden. Mit dem Kongress werden rund 14.000 in der GdP organisierte BGS-Beschäftigte, die bisher den GdP-Landesbezirken angehörten, Mitglieder des neu geschaffenen Bezirks BGS mit Geschäftsstelle in Köln.

„Die zentrale Funktion des staatlichen Gewaltmonopols für den Rechtsstaat muss in der politischen Diskussion wieder verstärkt herausgestellt werden.“

Hermann Lutz,
GdP-Bundesvorsitzender

In Münster findet die 9. Bundesjugendkonferenz statt.

Die 1. Frauenkonferenz wird in Suhl durchgeführt.



**20. ORDENTLICHER
BUNDESKONGRESS
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
8. bis 10. November 1994
Kulturpalast DRESDEN**

1995

Die GdP erzielt im Verbund mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes einen achtbaren Kompromiss in der Einkommensrunde 1995, die von zähen und schwierigen Verhandlungen geprägt ist: Ab Mai steigen die Löhne und Vergütungen um 3,2 % an - zusätzlich leisten die Arbeitgeber für den Monat April eine Einmalzahlung von 140,00 DM bzw. 114,80 DM (für die neuen Länder).

Im April beschließt der GdP-Bundesvorstand eine Resolution zum Thema private Sicherheitsdienste. Darin wird eindeutig festgestellt: „Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auf der Grundlage hoheitlicher Eingriffsrechte muss alleinige Aufgabe der staatlichen Sicherheitsbehörden bleiben.“ An die Politik ergeht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die Aufforderung, für die Arbeit privater Sicherheitsdienste gesetzliche Regelungen zu schaffen und die Eingriffsbefugnisse solcher Dienste eindeutig zu definieren.

Proteste gegen Dienstrechtsreform.

Die GdP meldet Protest gegen die geplante Dienstrechtsreform an. Erster Höhepunkt ist eine Protestkundgebung in Bonn-Bad Godesberg zusammen mit anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Dabei rügt GdP-Vorsitzender Hermann Lutz insbesondere die geplante „Ellbogen-Quotierung“ - nach dem Willen des Gesetzgebers sollen höchstens 10 % der Beschäftigten in den Genuss von Leistungsprämien kommen, 90 % der Beschäftigten gehen leer aus. Unmut und Ärger unter Kolleginnen und Kollegen sind damit vorprogrammiert.

Auf ihrem Kongress einigt sich die UISP auf die Einrichtung eines eigenen UISP-Büros in Luxemburg.



1996

Juni: Massenkundgebung des DGB in Bonn mit 250.000 Demonstranten gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Die GdP zeigt starke Präsenz.

Der GdP-Bundesvorstand entscheidet sich im August mit einem Beschluss dafür, dem internen Studium im Rahmen der zweigeteilten Laufbahn den Vorzug zu geben. Extern angebotene Studiengänge werden damit abgelehnt. In der Folge gibt die Bremische Bürgerschaft ihre Pläne auf, ein externes Fachhochschulstudium einzurichten.

Die GdP legt ihr Papier „Forderungen der GdP zur Zukunft des höheren Polizeidienstes“ vor. Darin wird die Ausgestaltung der Polizei-Führungsakademie zu einer internen Hochschule Polizei befürwortet.

Aktion „Gelbe Karte“.

Große bundesweite Protestaktion der GdP gegen die geplante Dienstrechtsreform:

„Dem ‚Reformgesetz die Gelbe Karte!“ Im Mittelpunkt steht eine Postkartenaktion, die sich an die beamtenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen richtet. Jedes Mitglied erhält über die GdP-Monatszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI Protest-Postkarten, mit denen es sich persönlich an der Aktion beteiligen kann. In Folge dieser Aktion und der nachhaltigen Proteste und Interventionen von GdP und DGB kann das ‚Reformgesetz‘ in zahlreichen Punkten zumindest abgemildert werden.



1997

Große Protestkampagne der GdP gegen die Sparpläne von Bund und Ländern mit hoher Mobilisierung der Mitglieder. So gibt es beispielsweise Massendemonstrationen bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 3. Juli in Bonn (3.000 Demonstranten), am 10. Juli in Dresden (4.000 Demonstranten) und am 15. Juli in Mainz (10.000 Demonstranten).

GdP-Veranstaltung „Polizei im Wandel - Führung im Wandel“ im April in Karlsruhe - ein viel beachtetes Diskussionsforum für Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes. Im Zentrum: Grundsätzliche Fragen zur polizeilichen Neuordnung und zur Führung der Zukunft.

Die GdP nimmt im April am „Beschäftigungsgipfel“ des DGB in Berlin teil.

1998

Kampagne in den neuen Ländern: „Da fehlt noch was!“

Großes Aufsehen für die Kampagne zur Angleichung der Ostgehälter an das Westniveau, die von der GdP in den neuen Ländern durchgeführt wird. Motto der Protestaktion „Da fehlt noch was!“ Das Ziel ist klar: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Die Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn kann, wenngleich mit Verschleppungen und in unterschiedlicher Intensität, weiter vertieft werden. Spitzenreiter ist Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil des gehobenen Dienstes von rund 72 %.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) kann Ende März in Arolsen ihr 30-jähriges Bestehen feiern. Im gleichen Jahr findet die 10. Bundesjugendkonferenz statt.

Weitere wichtige Ereignisse: Im Februar die „1. Tarifpolitische Konferenz“ der GdP in Kassel; im März 2. Bundesfrauenkonferenz der GdP ebenfalls in Kassel.

Auf dem 21. Ordentlichen Bundeskongress im September verabschiedet die GdP ihren langjährigen Vorsitzenden Hermann Lutz. Die Delegierten wählen Norbert Spinrath in Bremen zu seinem Nachfolger.

Die 3. Seniorenkonferenz findet in Saarbrücken statt.



1999

Protestwelle gegen die geplante Vorabregelung der Besoldungsanpassung 2000/2001 mit Großkundgebungen vor allem in Berlin. Der Unmut richtet sich gegen das angestrebte Besoldungsdiktat der Bundesregierung. Diese will Einkommenserhöhungen im Beamtenbereich und bei den Pensionen und Renten für die kommenden zwei Jahre auf den Inflationsausgleich begrenzen. Die Pläne kommen nicht durch. Der Protest zahlt sich aus. Denn kurz vor Weihnachten wird das geplante Besoldungsdiktat vom Bundesrat gekippt.

Ein weiteres wichtiges Thema der Großdemonstration in Berlin: Die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Aktion „Schluss mit der Salamiaktik“: Spektakuläre Aktion der GdP gegen die scheinbarweise Angleichung der Oosteinkommen an das Westniveau. Die Forderung ist klar: „100 Prozent jetzt - Schluss mit der Salamiaktik!“

Ende Oktober besucht eine GdP-Delegation unter Leitung des Bundesvorsitzenden Norbert Spinrath das Kosovo - und informiert sich über den schwierigen Einsatz von 210 Polizisten aus Deutschland, die dort im Rahmen eines internationalen Polizeikontingents dabei helfen, Sicherheit und Ordnung herzustellen.

Durch hartnäckiges Engagement der GdP gelingt es, Einschnitte in das Beihilfe- und Urlaubsrecht für die Bundesbeamten wieder rückgängig zu machen.

Das Ergebnis der Einkommensrunde: 3,1 % plus. Damit konnte für den Tarifbereich der Anschluss an die Entwicklung in der privaten Wirtschaft gehalten werden.

GdP-Gespräch mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Dabei wird vereinbart, dass neue Atomtransporte erst wieder möglich sein werden, wenn Gefahren für die transportbegleitenden Polizeikräfte ausgeschlossen sind.

„Wenn eine Bundesregierung – zumal eine sozialdemokratische – die Beamten von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln will, indem das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst nicht übernommen wird, kann das nur als ungeheuerliche Provokation gewertet werden.“

Norbert Spinrath,
GdP-Bundesvorsitzender,
im Oktober 1999



2000

Während der gesamten Zeitdauer der EXPO war die GdP mit einem Expo-Treff vor Ort. In dem Zelt fanden Länderabende, Events, Kreisgruppenveranstaltungen und Podiumsdiskussionen statt. Die Abgeordneten Kollegen/innen aus den Ländern und vom BMI wurden während der gesamten 6-monatigen Dauer der EXPO von der GdP betreut.

Neue Polizeimunion - Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Jahrzehntlang hat die GdP immer wieder darauf hingewiesen, dass die herkömmliche Polizeimunion Mängel aufweist. Die GdP erreicht die Einführung der neuen Polizeimunion, die Angreifer mit deutlich höherer Sicherheit handlungsunfähig macht.

50-Jahr-Feier der Gewerkschaft der Polizei - Mit einem Festakt am 14. September 2000 in Hamburg wurde das 50-jährige Bestehen der Gewerkschaft der Polizei auf Bundesebene gefeiert. Unter den Gästen konnten Bundeskanzler Gerhard Schröder, der Bundesinnenminister und viele Personen des öffentlichen Lebens begrüßt werden.

Protest-Fahrt gegen Null-Runde - Die geplante Abkoppelung der Beamtenbesoldung von den Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst veranlasste die Gewerkschaft der Polizei eine Protest-Fahrt durch alle Bundesländer zu organisieren, um den Arbeitgebern so die Einigkeit der Beamten zu signalisieren.

Norbert Spinrath tritt im November vom Amt des Bundesvorsitzenden zurück. Zum Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Vorsitzende Konrad Freiberg gewählt.



2001

Das Versorgungsänderungsgesetz sieht eine Absenkung des Versorgungsniveaus von 75 % auf 71,75 % vor. Diese Kürzungspläne der Bundesregierung zur Altersversorgung nahmen uniformierte Kolleginnen und Kollegen zum Anlass, mit abgeschnittenen Hosen - als symbolischer Ausdruck des Unmuts gegen die Kürzungsmaßnahmen - zum Bundesinnenministerium zu ziehen. Mit Handzetteln wurden die irritierten Passanten informiert. Höhepunkt der Protestaktion bildete eine Demonstration mit dem Deutschen Bundeswehrverband im November auf dem Gendarmenmarkt in Berlin. Über 25.000 Polizisten und Soldaten protestierten gegen die Kürzung der Alterssicherung.

Ein Verdienst der GdP ist die Ausstattung mit persönlich zugewiesenen und angemessenen Schutzwesten in Bund und Ländern. Der technische Fortschritt geht weiter, und die GdP wird darauf achten, dass die dienstlichen Schutzwesten weiter optimiert werden, wozu vor allem der integrierte Stichschutz gehört.

Eine weitere Kürzung sieht der Entwurf des Besoldungsstrukturgesetzes vor, mit dem der Ehegattenanteil im Familienschlag abgeschafft werden soll. Erfolgreich wehrt sich die GdP dagegen.

Durch hartnäckige Verhandlungen erreichen die DGB-Gewerkschaften eine lineare Erhöhung zum 1. Jan. 2001 um 1,8 % und nochmals um 2,2 % ab 1. Jan. 2002. Das Niveau der Ostbesoldung erhöht sich ab 1. Jan. 2002 auf 90 % des Westniveaus.

PROTESTFAHRT
durch alle Länder

GEGEN  **Nullrunde 2000**

2002

Am 1. April 2002 wird die Bundesgeschäftsstelle in Berlin offiziell eröffnet.

„Europa und die Rolle der Tarifbeschäftigten“ war Thema der Tarifpolitischen Konferenz, an der mehr als 100 Tarifbeschäftigte teilnahmen.

Die 3. Bundesfrauenkonferenz findet in Potsdam und die 4. Seniorenkonferenz in Bayreuth statt.

„Akte Ausbildung - Investition in die Zukunft“ - diese Aktion der JUNGE GRUPPE (GdP) appelliert an die Polizeien der Länder und des Bundes innerhalb der Ausbildung den stetig wachsenden und ändernden Aufgaben gerecht zu werden. Das war auch Thema der 11. Bundesjugendkonferenz in Lüneburg.

Der 22. Ordentliche Bundeskongress verabschiedet in Magdeburg den Leitantrag „In Sicherheit leben“. Konrad Freiberg wird zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Bereits im Sommer 2000 hatte die GdP gemeinsam mit der Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) beim Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) eine Analyse gewalttätiger Übergriffe gegen Polizistinnen und Polizisten in Auftrag gegeben. Hintergrund war damals die Häufung gewalttätiger Angriffe im Jahre 2000 die im Tod von acht Kollegen/innen gipfelten. Im Juli gaben der Vorsitzende der IMK und der Bundesvorsitzende der GdP die Ergebnisse der Studie auf einer Pressekonferenz bekannt.

Auf dem Außerordentlichen UISP-Kongress Ende Oktober werden die Auflösung der UISP und die gleichzeitige Gründung von EuroCop beschlossen.

Im Oktober befassen sich die Ministerpräsidenten mit dem Vorhaben, über Öffnungsklauseln für die Länder vom Bund abweichende Besoldungs- und Versorgungsbezüge festsetzen zu können.

2003

Das Bundesverfassungsgericht erklärt mit Entscheidung vom 12. Februar 2003, dass die niedrigere Ostbesoldung derzeit noch vereinbar mit dem Grundgesetz ist.

Im März demonstrieren in Mainz 10.000 Polizistinnen und Polizisten gegen die Verlängerung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit, die Abkoppelung der Besoldung, die Kürzung des Weihnachtsgeldes und die Streichung des Urlaubsgeldes. Vor dem Hintergrund der Kürzungen stellt die GdP während der Demo auf einer Großleinwand den beachtenswerten Film „Ein sicherer Arbeitsplatz“ vor. Ziel ist es, die Gefahren des Polizeiberufes dem Betrachter näher zu bringen und die Forderungen der GdP nachhaltig zu unterstützen.

Trotz der bundesweiten Proteste werden in Bund und Ländern Sonderzahlungsgesetze auf den Weg gebracht, durch die das Urlaubsgeld gekürzt bzw. gestrichen und das Weihnachtsgeld erheblich reduziert werden. Dies hatte zur Folge, dass den Ministerpräsidenten der Länder die „Rote Karte“ gezeigt wurde.

Mit bereits beschlossenen und geplanten neuen Sparbeschlüssen und Dienstzeitregelungen der Landesregierungen und des Bundes war eine neue Phase der Sozialdemontage bei der Polizei eingeleitet worden. Daraufhin hatte die GdP der Politik einen heißen Herbst angekündigt. Mit zahlreichen, bundesweiten Aktionen hat die GdP dieses Versprechen wahr gemacht.



2004

„Jetzt stellen wir uns quer“ unter diesem Motto fand die „Bundskonferenz der Personalräte in der Polizei“ in Berlin statt. Gemeinsam wurde darüber beraten, welchen Beitrag die Personalräte zur Abwendung des Vorhabens der Arbeitgeber von Bund und Ländern leisten können.

Mit einer Fachtagung zum Thema „Globaler Terrorismus - Globale Bekämpfung“ erinnern die Gewerkschaft der Polizei und der Deutsche Bundeswehrverband am 11. September an den Terroranschlag zwei Jahre zuvor. Bei 500 Teilnehmern aus den Bereichen Polizei, Bundeswehr, Wirtschaft, Politik und den Medien fand die Tagung großen Anklang.

Die Demonstrationen gegen die Sparpolitik haben einen Erfolg zu verbuchen. Das Besoldungsanpassungsgesetz 2003/2004 sieht eine Erhöhung der Ostbesoldung ab Januar 2004 auf 92,5 % des Westniveaus vor. In drei Stufen werden die Einkommen bis August 2004 um 4,47 % erhöht.

Auf dem 1. Ordentlichen EUROCCP-Kongress im September in Luzern (Schweiz) wird der Weg zur Branchenorganisation Polizei im Europäischen Gewerkschaftsbund beschlossen. Zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ wird eine Resolution verabschiedet.

Der Parteitag der SPD im November in Bochum und der Parteitag der CDU im Dezember in Leipzig sind Orte von Großdemonstrationen gegen den Ausverkauf der Inneren und Äußeren Sicherheit.

Auf einer Beamtenfachtagung unter dem Motto „Auf dem Prüfstand: Das Beamtenrecht“ werden Vorstellungen über eine Reform des öffentlichen Dienstrechts diskutiert.

Zu einem europaweiten Aktionstag am 3. April rufen die DGB-Gewerkschaften auf. Unter dem Motto „Unser Europa - frei, gleich und gerecht“ gehen eine halbe Millionen Menschen in Berlin, Stuttgart und Köln auf die Straße, um gegen die zunehmende soziale Ungerechtigkeit zu protestieren. Am gleichen Tag finden ähnliche Großkundgebungen in anderen europäischen Städten statt.

Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen für den öffentlichen Dienst. In vielen Ländern wird die Arbeitszeit der Beamten auf bis zu 42 Stunden heraufgesetzt.

Das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung sieht die Einführung einer Praxisgebühr vor. Demzufolge wird das Beihilferecht des Bundes geändert, das wiederum zu Belastungen der Beamten und Versorgungsempfänger führt.

Erstmals führt die GdP eine Mitgliederbefragung durch. Ziel ist es herauszufinden, inwieweit sich die GdP an den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen beteiligen soll. Fragen wie Erhalt des Berufsbeamtentums, Streikrecht für Beamte, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Überführung in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung für Beamte u. v. m. werden von den Mitgliedern beantwortet.



...bis hierher und noch weiter...